



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Ausgabe vom 21.02.2008

Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft

Liebe Leserinnen und Leser,

In dieser Plenarwoche äußerte sich das Parlament zum Zustand der Betrugsbekämpfung 2005 und 2006 des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF). Der Gesamtbetrag der gemeldeten finanziellen Unregelmäßigkeiten in den Bereichen Eigenmittel, Agrarausgaben und strukturpolitische Ausgaben belief sich im Jahr 2006 auf rund 1,143 Milliarden Euro. Das Ergebnis war vor allem für Deutschland und Spanien beunruhigend. Deutschland hatte im Jahr 2006 mit 16% nach Großbritannien und Spanien den drittgrößten Anteil an fehlerbehafteten Zahlungen. Im Europäischen Sozialfonds (ESF) steht Deutschland mit 26% an der Spitze der europaweiten Fehlerquote, Spanien mit 91% bei den landwirtschaftlichen Programmen innerhalb des Sozialfonds. Als völlig inakzeptabel bewertete das Parlament das Verhalten Deutschlands und Spaniens, da beide seit vielen Jahren die Informationen über Unregelmäßigkeiten nicht in der gewünschten elektronischen Form übermittelt, obwohl sie für 38% der Unregelmäßigkeiten im Agrarbereich verantwortlich sind. Aus diesem Grund soll nun ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und Spanien eingeleitet und bis zum Abschluss des Verfahrens 10% der Agrarzahllungen zurückgehalten werden. Sie werden sehen, dass bereits die Drohung ihren Zweck erfüllen wird...

Mehr Transparenz in Finanzangelegenheiten

Das Parlament erneuert seine Forderung nach einer Veröffentlichung sämtlicher Informationen über die

Empfänger von EU Geldern auf den Webseiten der Europäischen Kommission und der Mitgliedsstaaten. Das Parlament will wissen, ob es seine Politikziele eigentlich erreicht. Subventionsempfänger sollen nicht an den Pranger gestellt werden. Eine konsequente Umsetzung dieser Veröffentlichungspflichten ist bislang nicht erfolgt, obwohl es entsprechende Vorschriften gibt. Daher hat das Europäische Parlament dies in dieser Plenarwoche nochmals deutlich gefordert.

Erklärung zur Unabhängigkeit des Kosovo

Das Kosovo ist seit acht Jahren ein Protektorat der UNO mit mehreren tausend Polizisten der EU. Das Parlament hat sich bereits vor einem Jahr für eine durch die internationale Gemeinschaft überwachte Souveränität des Kosovo ausgesprochen und stellte sich jetzt erneut hinter die Unabhängigkeit des Kosovo. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering erklärte in einer Rede, dass die am vergangenen Sonntag getroffene Entscheidung zur Unabhängigkeit nun den Willen der Bürger Kosovos widerspiegelt, ihr politisches Schicksal friedlich in die Hand zu nehmen. Nun sei es die Aufgabe und Verpflichtung der EU, die Politiker des Kosovo zu ermutigen, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Trotz der relativ stabilen Entwicklung der Länder des Westbalkans, wird ein Beitritt zur Europäischen Union dennoch nicht in naher Zukunft erfolgen.

Demographisches Defizit in Europa bekämpfen

Mit Besorgnis sieht das Europäische Parlament auf die demographischen Prognosen für 2050, die zwar keine

unveränderlichen Voraussagen, wohl aber ein ernst zu nehmendes Warnsignal darstellen. Mit einer sehr geringen Geburtenrate von 1,5 wird deutlich, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der EU eine wichtige Rolle spielen. Mit steuerlichen Anreizen zur Steigerung der Geburtenrate sollen die Ziele von Barcelona, bis 2010 für mindestens 90% der Kinder zwischen drei und sechs Jahren Betreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, erreicht werden. Desweiteren betonen die Abgeordneten die Notwendigkeit, das europäische Recht "zugunsten des Schutzes der Vaterschaft" zu verbessern. In Deutschland betrug die Geburtenrate im Jahr 2004/2005 1,4. Die Lebenserwartung wird im Jahr 2050 bei Frauen 87 und bei Männern 82 Jahre betragen.

Volks- und Wohnungszählungen in der EU

Das Parlament hat eine Verordnung zur Volks- und Wohnungszählung beschlossen. Nach dem im Plenum angenommenen Bericht ist geplant, dass die Mitgliedsstaaten ab 2011 in regelmäßigen Abständen Daten an die Europäische Union liefern sollen. Die letzte Volks- und Wohnungszählung in der Europäischen Union wurde im Jahr 2001 durchgeführt. Das Problem war, dass aufgrund extrem abweichender Stichtage eine hinreichende Vergleichbarkeit nicht gegeben war und viele Daten nicht rechtzeitig abgeliefert wurden. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission jetzt eine europaweite Volkszählung vorgeschlagen, um eine Vergleichbarkeit der Datensätze zu gewährleisten. Das Parlament hat den ursprünglichen Vorschlag der Europäischen Kommission kritisiert und insbesondere Bedenken aus

Seite 1

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

datenschutzrechtlichen und finanziellen Gründen geäußert. Auf Drängen der CDU/CSU Gruppe wurde der Vorschlag der Kommission abgeschwächt. Unter vom Parlament jetzt beschlossenen Angaben sind unter anderem statistische Daten zu Geburtsland/ - ort, Familienstand, Wohnort, Staatsangehörigkeit oder Bildungsniveau anzugeben. In Verhandlungen konnten sich Parlament und Rat nun auf einen gemeinsamen Text verständigen, so dass das Gesetzgebungsverfahren in Kürze abgeschlossen sein wird, damit die Verordnung in Kraft treten kann.

Feierliche Rede zur Zukunft Europas

Schweden übernimmt im zweiten Halbjahr 2009 die EU Ratspräsidentschaft. Nach meinem Eindruck wird es die am Besten vorbereitete Ratspräsidentschaft aller Zeiten sein, weil die Schweden bereits seit Monaten Themen zusammentragen und diskutieren. Im Rahmen einer feierlichen Sitzung stellte der schwedische Ministerpräsident, Fredrik Reinfeldt, am Dienstag seine Vision von der Zukunft Europas vor. Europa brauche eine klare Vision. Vor dem Hintergrund der Globalisierung seit nur ein starkes Europa gut für die europäischen Bürger. Große Zustimmung vom Parlament erteilte Reinfeldt bei seiner Ankündigung, Schweden wolle den Vertrag von Lissabon bis November 2008 ratifizieren. Reinfeldt betonte zudem, dass man den Herausforderungen wie etwa die Klima- oder Energiepolitik, Migration und die Schaffung von Arbeitsplätzen flexibel angehen müsse. Für die CDU/CSU und Deutschland ist ein großes Problem, dass Schweden die Erweiterung der EU vorantreiben will und auch die Türkei in der EU sehen wollen. Ihre

Präsidentschaft wird für uns deshalb mit Zweifeln gesehen.

Vertrag von Lissabon soll zügig ratifiziert werden

Auch das Parlament äußerte sich in dieser Woche zum Vertrag von Lissabon. Die Forderung des konstitutionellen Ausschusses nach einer zügigen Ratifizierung wurde am Mittwochmorgen im Plenum mit einer großen Mehrheit angenommen. Der Vertrag von Lissabon, der das wirksame Funktionieren der EU-Organe verbessern soll, führt zu einer Vereinfachung des Verfahrens und einer größeren Klarheit des institutionellen Gefüges. In diesem Zusammenhang verlangten die Abgeordneten auch die rasche Veröffentlichung der konsolidierten Verfassung, wodurch die Bürger einen „klarerer Grundagentext“ über die Union erhalten. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Europawahl 2009 von großer Bedeutung. Daher wurde die Forderung nach einer Ratifizierung des Vertrags von den Regierungen vor dem 1. Januar 2009 noch einmal von den Parlamentariern bekräftigt.

Öffnung der Märkte für europäische Unternehmen

Der Zugang von europäischen Unternehmen zu Märkten in Drittstaaten wird künftig eine stärkere Rolle in der Außenhandelspolitik der Europäischen Union spielen. Mit diesem Beschluss forderten am Dienstag die Parlamentarier sowohl von der Europäischen Kommission als auch von den Mitgliedstaaten, die Kooperation mit europäischen Handelskammern zu verstärken, die Einhaltung internationaler Handelsabkommen stärker zu achten und vor allem die Zusammenarbeit mit den Drittstaaten weiter zu fördern.

Mehr Sicherheit für Produkte innerhalb der EU

Mit einem Maßnahmenpaket zur Vermarktung von Produkten will das Parlament ein hohes Schutzniveau in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher schaffen. Das Paket sieht unter anderem eine Verbesserung der Marktüberwachung sowie eine verbesserte gegenseitige Anerkennung von bereits in Verkehr gebrachten Produkten vor. Trotz einiger Veränderungen bleiben dennoch einige Vorschriften bestehen. So werden sowohl das CE-Kennzeichen als auch die nationalen Kennzeichen behalten. Ziel der Abgeordneten ist, den Verbraucher dabei zu unterstützen, schneller und vor allem unkomplizierter beurteilen zu können, ob das Produkt vor Verkauf auf seine Sicherheit geprüft wurde.

Neues aus den Büros in Brüssel und Straßburg

Seit dieser Woche arbeitet Georg Fiedler für ein halbes Jahr als Praktikant in meinem Brüsseler Büro. Er hat in Münster Geographie studiert und folgt auf Martin Roschitsch, der nun zum Abschluss seines Studiums nach Deutschland zurückkehrt. Auch unsere amerikanische Austauschpraktikantin Stephaine Nguyen ist nach Philadelphia zurückgekehrt und setzt dort ihr Studium fort. Ab März begrüßen wir zudem Christoph Trautvetter als Praktikant. Herr Trautvetter studiert derzeit Philosophie und Wirtschaft an der Universität Bayreuth und wird für ein halbes Jahr in meinem Brüsseler Büro arbeiten. Ich freue mich immer wieder, wenn ich jungen Menschen die Chance eines 6-monatigen Praktikums in meinem Büro geben kann. Gerne können Sie sich bei Fragen diesbezüglich an mein Brüsseler Büro wenden.

Seite 2

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu